



Mali nach dem Militärputsch

Stresstest für die Demokratie

ANNETTE LOHMANN

Mai 2012

- Zwei verschiedene Tuareg-Rebellengruppen haben den Norden Malis unter ihre Kontrolle gebracht. Die MNLA (Nationale Bewegung zur Befreiung des Azawad) hat den Staat »Azawad« ausgerufen. Eine noch kleinere islamistische Tuareg-Gruppe namens »Ansar Dine« (Verteidiger des Glaubens) will die Scharia einführen.
- Im Zuge des Kriegs in Libyen sind Waffen in die Hände von AQMI- und Tuareg-Kämpfern gelangt. Zudem sind Tuareg-Kämpfer bei ihrer Rückkehr aus Libyen nach Mali nicht entwaffnet worden und haben sich vielfach den Rebellen angeschlossen. Für eine dauerhafte Stabilität des Nordens müssen die Friedensabkommen konsequent umgesetzt und die Dezentralisierung weiter gefördert werden. Hierfür ist es unerlässlich, Vertreter aller Gruppen in einen Dialog mit einzubeziehen.
- In der Nacht vom 21. auf den 22. März 2012 putschte ein Teil des malischen Militärs gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Amadou Toumani Touré (ATT). Der Putsch fand nur sechs Wochen vor den Präsidentschaftswahlen statt, zu denen Toumani Touré nicht mehr angetreten wäre.
- Die ECOWAS ernannte den burkinischen Präsidenten zum Vermittler. Er erzielte mit den Putschisten eine Einigung auf die Ernennung des Parlamentspräsidenten als Interims-Präsident sowie auf einen Interims-Premierminister und eine Übergangsregierung.
- Der Putsch wurde von der Mehrheit der politischen Klasse und einem Teil der Zivilgesellschaft abgelehnt. In der Bevölkerung wuchs hingegen die Zustimmung; viele waren wegen Korruption, Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Ungleichheit frustriert und verbanden Hoffnungen mit dem Putsch.
- Für eine nachhaltige demokratische Konsolidierung müssen Antworten auf drängende soziale Probleme gefunden werden. Die internationale Kooperation sollte sich künftig deshalb verstärkt Fragen der sozialen Gerechtigkeit widmen.

In der Nacht vom 21. auf den 22. März 2012 putschte ein Teil des malischen Militärs – vermutlich spontan – gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Amadou Toumani Touré (ATT), den sie für sein unentschlossenes und schwaches Vorgehen im Kampf gegen die Rebellion verschiedener Tuareg-Gruppen im Norden Malis sowie für die mangelnde Ausstattung des Militärs verantwortlich machen. Der Putsch verlief überwiegend unblutig, auch weil die dem Präsidenten gegenüber loyalen Truppen kaum Widerstand leisteten. ATT verschwand zunächst spurlos und meldete sich erst Tage später in einem Interview zu Wort. Das neu gebildete Comité National pour le redressement de la démocratie et la restauration de l'Etat (CNRDRE) unter Führung des Hauptmanns Amadou Haya Sanogo übernahm das Kommando. Dies hatte unmittelbar die Aussetzung der multi- und bilateralen internationalen Kooperation zur Folge.

Auch die Regionalorganisation ECOWAS reagierte frühzeitig und entschlossen.¹ Direkt nach dem Putsch erklärte sie, dass diese undemokratische Entwicklung inakzeptabel sei und drohte Sanktionen an. Nachdem der erste Vermittlungsversuch scheiterte, erließ sie diplomatische und wirtschaftliche Sanktionen. Parallel versetzte die ECOWAS ihre Eingreiftruppe in Bereitschaft. In einem zweiten Anlauf einigten sich schließlich Anfang April die burkinischen Vermittler (die die ECOWAS eingesetzt hatte) und die Putschisten auf die Ernennung des Parlamentspräsidenten als Interims-Präsident sowie auf einen Interims-Premierminister und eine Übergangsregierung der nationalen Einheit. Die Sanktionen wurden daraufhin aufgehoben.

Ein Abkommen für den Übergang – die Putschisten werden an der Macht beteiligt

Laut Abkommen zwischen der ECOWAS und den Putschisten ist der Parlamentspräsident Diancounda Traoré für 40 Tage Interims-Präsident. Der mit »vollen«, jedoch nicht weiter definierten Befugnissen ausgestattete neue Premierminister Cheikh Modibo Diarra, ein ehemaliger Astrophysiker, soll gemeinsam mit einer Übergangsregierung der nationalen Einheit die Krise im Norden lösen und Neuwahlen vorbereiten. Die Putschisten erhalten

eine Generalamnestie.² Bei den Wahlen werden sie wie auch die Mitglieder der Übergangsregierung einschließlich des Präsidenten nicht antreten dürfen.

Der neue Interims-Präsident zeichnet sich bislang durch eine geringe Präsenz in der Debatte aus – er sichert durch seine Funktion als ehemaliger Parlamentspräsident die demokratische Legitimität des Übergangs. Der neue Premierminister nimmt eine stärkere Rolle ein. Die Übergangsregierung besteht überwiegend aus Technokraten, weder die politischen Parteien³ noch die nach dem Putsch gegründeten politischen Bündnisse sind in der Regierung vertreten. Damit wird der Versuch einer Entpolitisierung unternommen. Die Putschisten erhalten vier Ministerien, darunter die drei Schlüsselministerien Verteidigung, Innere Sicherheit und Dezentralisierung.⁴ International wird die Regierung anerkannt. Sowohl das Lager der Gegner wie auch das der Befürworter des Putsches reagierten ablehnend, es handle sich nicht um eine Regierung der nationalen Einheit. Es muss der Übergangsregierung nun gelingen, die zerstrittenen politischen Lager soweit zu einen, dass gemeinsam eine Strategie für den Norden entwickelt werden kann. Ebenso muss ein Zeitplan für die Vorbereitung der Wahlen erstellt werden.

Nachdem die Staatschefs der ECOWAS zunächst beschlossen hatten, das Mandat des Interims-Präsidenten sowie der Übergangsregierung auf ein Jahr zu verlängern und Truppen nach Mali zu verlegen, schränkten sie dies nach massiver Ablehnung durch die Junta ein. Sie sicherten zu, nur dann Truppen zu schicken, wenn dies gewünscht sei. Bezüglich der Frage der Dauer des Übergangs soll zunächst ein Zeitplan für die Durchführung der Präsidentschaftswahlen erstellt werden. Diese Zugeständnisse an die Putschisten haben zur Folge, dass der Übergangsprozess von Instabilität gekennzeichnet bleibt. Die versuchte Festnahme des ehemaligen Stabschefs von ATT löste am 30. April einen Gegenputsch durch Truppen, die dem ehemaligen Präsidenten nahe stehen, aus, der jedoch erfolglos blieb. Dabei han-

1. Die AU verurteilte ebenfalls den Putsch und erließ Sanktionen, die jedoch eher symbolischer Natur waren. Sowohl die ECOWAS wie auch die AU suspendierten Malis Mitgliedschaft.

2. Die notwendige Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes durch das Parlament ist offen, da dort die Gegner des Putsches über eine klare Mehrheit verfügen. Insgesamt ist die Rolle des Parlaments im Übergangsprozess noch unklar.

3. Einige Mitglieder der Regierung verfügen über Parteimitgliedschaften, ohne jedoch aktiv zu sein oder Posten zu besetzen.

4. Dabei ist es nicht ungewöhnlich, dass Militärs an der Regierung beteiligt werden, dies hat es auch in der Vergangenheit gegeben. Unter den politischen Umständen kann kaum erwartet werden, dass Anti-Putschisten aus dem Militär einen Platz in der Regierung bekommen würden.

delt es sich um einen internen Machtkampf und nicht um die versuchte Rückkehr des sich mittlerweile im Exil befindenden Präsidenten.

Vom demokratischen Hoffnungsträger zum Sorgenkind: keine ausreichende Verankerung der Demokratie

Der Putsch wurde von der Mehrheit der politischen Klasse und einem Teil der Zivilgesellschaft abgelehnt, welche die sofortige Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung forderte. In der Bevölkerung wuchs hingegen die Zustimmung; viele projizierten ihre diversen Frustrationen über Korruption, Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit auf den Putsch und formulierten unrealistische Erwartungen. Dazu gehört ein kompletter politischer Neuanfang ohne das politische Establishment, das in den vergangenen Jahrzehnten die Politik bestimmt hat, sowie ein Generationenwechsel und ein Ende der Korruption. Hinzu kommt eine Unterstützung des Anliegens der Putschisten, auf ihre mangelnde Ausrüstung im Kampf gegen die Rebellen aufmerksam zu machen. Dies ist jedoch nicht mit einer Billigung der Wahl des Mittels gleichzusetzen.

Die nicht ausreichende Wertschätzung demokratischer Institutionen und Abläufe gepaart mit der Enttäuschung über ausbleibenden wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zeigen, wie schnell die demokratischen Errungenschaften Malis ins Wanken geraten können. Der Verlust des Images eines demokratischen Hoffnungsträgers und der demokratischen Stabilität wird den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt Malis weiter behindern.

Ein Putsch kurz vor den Wahlen: das vorzeitige Ende der Präsidentschaft ATTs

Der Putsch fand nur sechs Wochen vor regulären Präsidentschaftswahlen statt. Dies überraschte viele Beobachter, da der Präsident nicht mehr angetreten wäre; er hatte stets unterstrichen, dass er die von der Verfassung vorgegebene Begrenzung auf zwei Amtszeiten respektiert. Dennoch befürchteten viele malische Akteure aufgrund der Rebellion im Norden eine Gefährdung der Wahlen und dass ATT weiter im Amt bleiben würde. Spätestens seit Anfang Februar wendete sich die öffentliche Stimmung deutlich gegen die Politik ATTs bezüglich

der Rebellion im Norden. Nach einem Massaker der Rebellen an malischen Soldaten in Aguelhok, einer kleinen Stadt im Nordosten Malis, kam es zu Unruhen in Bamako und anderen Städten des Südens. Tuareg bzw. hellhäutige Afrikaner wurden Opfer von Übergriffen. Dies zeigte auch, dass eine gesellschaftliche Aufarbeitung der vergangenen Rebellionen bislang nicht ausreichend erfolgt ist, und machte klar, wie schnell die Ressentiments wieder aufflammen können. Trotz Friedensverhandlungen, -verträgen⁵ und einer Eingliederung von ehemaligen Rebellen ins malische Militär und den Staatsapparat steht eine wirkliche gesellschaftliche Integration weiterhin aus. Der Appell des Präsidenten zu mehr Besonnenheit und gegen eine Diskriminierung aller Tuareg bzw. Hellhäutiger anlässlich der ersten Ausschreitungen löste heftige Proteste aus; ihm wurde vorgeworfen, nicht ausreichend auf die durch die Rebellen verübten Verbrechen einzugehen. Viele Malier forderten den sofortigen Rücktritt des Präsidenten sowie ein stärkeres militärisches Vorgehen. ATTs Position des Verhandels, die seine Politik bis noch kurz vor Beginn der Rebellion im Januar⁶ prägte, wurde als Schwäche interpretiert. Dies läutete auch das Ende seiner »Konsens-Politik« ein.

Auch im Militär hatte es bereits seit Längerem rumort. Mangelnde Ausrüstung, defizitäre Ausbildung und Nepotismus prägen das Bild. Mit dem Massaker von Aguelhok erreichte die Unzufriedenheit im Militär einen neuen Höhepunkt. Zugleich wurden auch Zweifel an der politischen Entschlossenheit ATTs laut. Mit dem Putsch wollten die Putschisten auf die ungelöste militärische Frage im Norden aufmerksam machen.

Ein neuer Staat »Azawad« oder ein »islamistisches Emirat« im Norden Malis?

Seit Januar haben im Norden Malis, der Teil der Sahara ist und eine geringe, aber ethnisch durchmischte Bevölkerung aufweist, zwei verschiedene, schwer bewaffnete Tuareg-Rebellengruppen Städte angegriffen. Die größte der beiden Gruppen – MNLA (Nationale Bewegung

5. Nach dem Abschluss der Friedensverhandlungen mit der Flamme de la paix von 1996 wurden zwar die Unruhen im Norden zunächst beendet; zwischen 2006 und 2009 flammte der Konflikt aber erneut auf. Eine vollständige Umsetzung der Friedensabkommen von 1992 und 2006 steht noch aus.

6. Nach dem Beginn der Rebellion wurde bekannt, dass ATT Anfang Januar mit der MNLA sowie mit Ansar Dine Geheimverhandlungen geführt hatte.

zur Befreiung des Azawad) – verfolgte dabei von Anfang an das Ziel eines eigenen Staats »Azawad«. Es handelt es sich um eine kleine säkulare Minderheit, die keineswegs den Anspruch erheben kann, für »die Tuareg« zu sprechen. Die meisten Menschen im Norden – Tuareg, die auch im Norden eine Minderheit sind, sowie Angehörige anderer Volksgruppen – wünschen sich keinen »Staat Azawad«. Zudem bezeichnet »Azawad« in Mali zunächst einmal nur die Region um Timbuktu; die Rebellen definieren hingegen ihren »Staat Azawad« als ein die drei Nordregionen Malis (Timbuktu, Gao und Kidal) umfassendes Gebiet. Auch erstaunt es, dass die Tuareg-Rebellen sich mit ihrer Forderung nur innerhalb eines Teils des malischen Staatsgebietes bewegen. Das Azawad-Gebiet der Tuareg schließt auch Teilgebiete Nigers, Mauretaniens und Algeriens mit ihren jeweiligen Tuareg-Bevölkerungen ein. Diese haben sich bislang jedoch nicht der Forderung der malischen Rebellengruppe angeschlossen. Die Tuareg in Niger haben sogar die Gründung von Azawad mit deutlichen Worten abgelehnt. Dennoch fürchtet gerade Niger, dass sich die Krise im Norden Malis auch auf sein Staatsgebiet ausdehnen könnte, da sich hier die größte Tuareg-Bevölkerung der Region befindet. Im Zuge des Putsches brach die Kommandostruktur des Militärs zusammen; höhere Offiziere beteiligten sich nicht, sie wurden überwiegend verhaftet bzw. unter Hausarrest gestellt.⁷ Zudem desertierten viele Soldaten; Tuareg unter ihnen schlossen sich zum Teil gar den Rebellen an. Dies führte dazu, dass Ende März innerhalb nur weniger Tage die Rebellen alle größeren Städte im Norden ohne Widerstand der malischen Armee eroberten und seitdem kontrollieren. Am 6. April rief die MNLA den unabhängigen »Staat Azawad« aus. Dieser erhält zwar international keine Anerkennung, dennoch ist damit die de facto-Teilung Malis erfolgt.

Eine kleinere islamistische Tuareg-Gruppe namens »Ansar Dine« (Verteidiger des Glaubens) kämpfte zunächst gemeinsam mit der MNLA, allerdings nicht um einen eigenen Staat, sondern um die Scharia einzuführen. Sie wird von dem ehemaligen Tuareg-Rebellen Iyad Ag Ghali geführt und erhält Unterstützung von Al Qaida im islamischen Maghreb und weiteren Gruppierungen wie der Splittergruppe Mouvement pour l'unicité et le jihad en Afrique de l'Ouest (Mujao). Die Mehrheit der malischen Bevölkerung sowohl im Süden wie im Norden unterstützt weder die Rebellen, die den Staat Azawad

ausgerufen haben, noch die Islamisten und lehnt die Einführung von Scharia ab. Nachdem zunächst die MNLA die Oberhand zu haben schien, übernehmen nun zunehmend Ansar Dine und AQMI die Kontrolle.

Der Putsch bedroht die Sicherheit Europas

Im Zuge der sich weiter verschlechternden Sicherheitslage sind zunehmend weitere bewaffnete islamistische Gruppen in den Norden Malis geströmt wie beispielsweise Kämpfer von Boko Haram. Es besteht die Gefahr, dass sich ein unkontrollierbares Sammelbecken für verschiedene islamistische Bewegungen bildet, was zu einer Ausweitung der organisierten Kriminalität sowie der Vorbereitung und Durchführung terroristischer Aktivitäten führen kann. Dies gefährdet massiv die Sicherheit der gesamten Region und stellt auch eine Bedrohung für die Sicherheit Europas dar.

Die humanitäre Krise im Norden

Seit Monaten wurden schätzungsweise über 300.000 Malier intern vertrieben bzw. sind in die angrenzenden Länder geflohen, unter ihnen viele Tuareg, die aus Angst vor Vergeltung Mali verlassen haben. Im Verlauf der Kämpfe ist es zu massiven Plünderungen, Zerstörungen und Menschenrechtsverletzungen im Norden gekommen. Aufgrund zu geringer bzw. ungleich verteilter Niederschläge im letzten Jahr sind in Mali aktuell 3,5 Millionen Menschen von Hunger bedroht. Die dringend benötigten Hilfslieferungen erreichen nun nicht mehr genügend Menschen im Norden Malis.

Der Kampf um den Norden – ein Kampf um Vorherrschaft

Der Zeitpunkt der Rebellion legt den Verdacht nahe, dass es sich um den Versuch handelt, eine stärkere Präsenz des malischen Staates bzw. des Militärs im Norden zu verhindern. In den vorangegangenen Monaten erst hatte die malische Armee begonnen, ihre Präsenz im Rahmen eines Entwicklungsprogramms für den Norden (Programme spécial pour la paix, la sécurité et le développement dans le nord du Mali – PSPSDN) auszubauen. Dies hätte bestimmte Akteure der organisierten Kriminalität, unter ihnen sowohl Tuareg wie Islamisten,

7. Einige unterstützen mittlerweile die Putschisten.

behindern können, ungestört ihren illegalen Aktivitäten, vor allem dem Drogenschmuggel, nachzugehen.⁸ Der Kampf zwischen der MNLA und den Islamisten ist somit vermutlich auch ein Kampf über die Vorherrschaft und Kontrolle über Schmuggelrouten für Kokain aus Lateinamerika durch die Sahara. Hinzu kommt, dass im Norden Malis Ölvorkommen vermutet werden; erste internationale Verträge wurden bereits geschlossen. Möglicherweise versuchen sich auch die verschiedenen Akteure in Stellung zu bringen, um Zugang zu den zu erwartenden Einnahmen zu haben.

Arabischer Frühling in Libyen – afrikanischer Winter in Mali

Im Zuge des libyschen Bürgerkriegs im vergangenen Jahr sind Waffenlager der libyschen Armee geplündert worden und Waffen (u.a. tragbare Flugabwehrraketen, die zum Abschuss von Hubschraubern und Kampf- und Passagierjets eingesetzt werden können, panzerbrechende Granaten, schwere Maschinengewehre, Sturmgewehre, Plastiksprengstoff sowie Munition) in die Hände von AQMI- und Tuareg-Kämpfern gelangt. Bei ihrer Rückkehr nach Mali sind Tuareg-Kämpfer der libyschen Armee nicht entwaffnet worden und haben sich vielfach den Rebellen angeschlossen⁹. Tragischerweise trägt der erfolgreiche Befreiungskampf in Libyen nun zu einer Gefährdung der Stabilität Malis wie auch der Region bei. Aus Libyen sind nicht nur bewaffnete Tuareg-Kämpfer mit ihren Waffen zurückgekommen, sondern es kamen auch schwarzafrikanische Gastarbeiter, die teilweise niemals vorher in ihren Heimatländern gewesen sind. Laut der UN sind bis Ende letzten Jahres 200.000 registrierte Gastarbeiter aus Libyen nach Mali, Niger, Tschad und Mauretanien zurückgekehrt, die sozial und wirtschaftlich integriert werden müssen. Der Befreiungskampf in Libyen trägt somit neben der direkten sicherheitspolitischen Bedrohung indirekt zu einer sozioökonomischen Belastung bei.

8. Organisierte Kriminalität in Westafrika umfasst weitaus mehr als den Drogenschmuggel. So werden Waffen, Menschen (Sklavenhandel, Zwangsprostitution), Zigaretten, gefälschte Medikamente und gestohlenen Öl illegal gehandelt.

9. Hierbei handelt es sich sowohl um Söldner, die kurzfristig zur Unterstützung Gaddafis nach Libyen gegangen sind, als auch um in die libysche Armee integrierte malische (und nigrische) Tuareg, die sich Gaddafi als Dank für seine Unterstützung bereits vor Jahrzehnten angeschlossen haben. Die Anführer der MNLA setzen sich aus Rückkehrern aus Libyen sowie aus desertierten malischen Soldaten zusammen.

Tuareg und Islamisten: von Verbündeten zu Gegnern?

Das Verhältnis zwischen den verschiedenen Tuareg-Gruppen und Islamisten ist komplex und von Widersprüchlichkeiten geprägt. Weder die Tuareg noch die Islamisten sind homogene Einheiten mit einheitlich definierten Positionen zueinander. Mit Ansar Dine tauchte Ende letzten Jahres erstmals eine islamistische Tuareg-Gruppe mit ideologischen Verbindungen zu AQMI auf. Darüber hinaus unterhielt die MNLA zu Beginn der Kämpfe im Norden teilweise Unterstützung sowohl von Ansar Dine als auch AQMI. Alle Gruppen waren sich in einem einig: in ihrem Kampf gegen den malischen Staat.

MNLA wurde allerdings nicht müde zu betonen, nichts mit AQMI zu tun zu haben, da man sich nicht mit deren Zielen identifiziere, sondern vielmehr bereit sei, gegen AQMI zu kämpfen. Im Verlaufe der Kämpfe im Norden kam es zu einem Bruch zwischen der MNLA und Ansar Dine. Die MNLA unterstrich mehrfach ihre Säkularität gegenüber den islamistischen Ansprüchen Ansar Dines. Es bildete sich eine Front zwischen diversen islamistischen Gruppen und Akteuren auf der einen und der MNLA auf der anderen Seite. Nach einer Phase der Abgrenzung gibt es Hinweise auf eine erneute Kooperation zwischen der MNLA und Ansar Dine. Sollte die malische Armee im Norden eingreifen, ist zu erwarten, dass dies ein gemeinsames Vorgehen der MNLA und Ansar Dine fördern würde. Bereits jetzt sind die Rebellen die Gewinner des Putsches.

Gemeinsame regionale Antworten auf die islamistische Bedrohung?

Seit Jahren wird das Problem einer zunehmenden Destabilisierung Malis sowie der gesamten Region durch AQMI regional wie international mit großer Sorge beobachtet. Eine regionale Kooperation soll dem entgegenwirken. Internationale Unterstützung sollte politische, wirtschaftliche und militärische Hilfe leisten. Mit den aktuellen Entwicklungen hat sich der Prozess der Destabilisierung rasant beschleunigt. Der Norden Malis ist gegenwärtig jeglicher staatlichen Kontrolle entglitten. Dies ist weder aus malischer noch aus regionaler sowie internationaler Perspektive akzeptabel. Die Bekämpfung des sich ausbreitenden Islamismus sowie der organisier-

ten Kriminalität erfordert eine entschlossene regionale Kooperation, die sich über Nord- und Westafrika erstrecken muss.

Mali, Algerien, Niger und Mauretanien haben vor zwei Jahren eine militärische Kooperation begonnen, um gegen AQMI vorzugehen und die Region zu stabilisieren. Nach der Einrichtung einer gemeinsamen Antiterror-Kommandozentrale im südalgerischen Tamanrasset im September 2010 ist im Frühjahr 2011 der Aufbau einer regionalen Eingreiftruppe beschlossen worden. Bislang existiert diese jedoch nur auf dem Papier. Diese Kooperationen, so sinnvoll sie auch sind, haben bereits in der Vergangenheit nicht ausgereicht, um die Region zu stabilisieren. In der gegenwärtigen Situation sind sie wirkungslos.

Algerien, Niger, Mali und Mauretanien sowie den Tschad und Frankreich eint gegenwärtig die Sorge über die Bildung eines unkontrollierbaren Sammelbeckens für verschiedene islamistische Bewegungen im Norden Malis; sie fühlen sich von der steigenden Zahl von islamistischen Kämpfern bedroht. Algerien lehnt zwar offiziell einen Staat Azawad ab, könnte jedoch auf die MNLA im Kampf gegen den islamistischen Terror setzen. Frankreich ist zutiefst besorgt über die Entwicklung, will aber eine direkte militärische Intervention vermeiden. Frankreichs ehemaliger Präsident Sarkozy überlegt öffentlich, inwieweit man den Rebellen der MNLA ein »Minimum an Autonomie« zugestehen könnte.¹⁰ Der mauretische Präsident äußerte sich genauso wie der neue malische Premierminister in seiner ersten öffentlichen Ansprache ebenfalls im Sinne von Verhandlungen mit der MNLA. Für Niger sind wiederum Verhandlungen mit der MNLA inakzeptabel, da diese Signale an die eigene Tuareg-Bevölkerung senden könnten, ebenfalls mehr Autonomie zu fordern. Hier zeichnet sich ein Bruch innerhalb der nord- und westafrikanischen Allianz ab.

Die ECOWAS fordert den Rückzug der Rebellen und bietet die Entsendung von Truppen nach Mali an. Dies lässt Fragen offen: Ausländischen Soldaten würde es an Kenntnissen und Erfahrungen mangeln, in den oft sehr unzugänglichen Gebieten im Norden zu kämpfen. Zudem wäre die ECOWAS sowohl unter logistischen als auch finanziellen Gesichtspunkten auf Unterstützung angewiesen – vor allem von Seiten Frankreichs und der USA.

10. Frankreich hielt bereits im letzten Jahr Gespräche mit Vertretern der MNLA ab, um die Möglichkeiten für einen Kampf gegen AQMI auszuloten.

Ein inklusiver politischer Ansatz ist erforderlich

Der Ansatz verschiedener regionaler wie internationaler Akteure, im Kampf gegen die Islamisten auf die MNLA zu setzen und ihnen dafür einen Sonderautonomiestatus zuzugestehen, ist problematisch und birgt hohe Risiken. Die MNLA vertritt keine breite politische Bewegung, sondern stellt eine radikale Minderheit dar. Politische Verhandlungen über Autonomie mit der MNLA würden moderate Tuareg sowie andere Volksgruppen im Norden isolieren und frustrieren. Bei den vorangegangenen Tuareg-Rebellionen wurde bereits mehrfach der Fehler gemacht, andere ethnische Gruppen, die gemeinsam die Mehrheit im Norden stellen, nicht einzubeziehen bzw. verschiedene Tuareg-Clans gegeneinander auszuspielen. Dies verschärft inter- und inner-ethnische Konfliktlinien und erweckt den Eindruck, dass nur der etwas politisch gewinnen kann, der militärisch dafür kämpft. Zugeständnisse an die MNLA könnten sowohl andere Ethnien im Norden Malis als auch Tuareg in den angrenzenden Ländern ermutigen, ebenfalls für Sonderrechte zu kämpfen. Sinnvoll wäre hingegen die konsequente Umsetzung des Friedensabkommens von 1992 (Pacte National) im Sinne einer bislang nicht ausreichend umgesetzten Dezentralisierung, also die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung im Norden sowie einer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Dies schließt auch einen adäquaten Ressourcentransfer mit ein. Hierfür ist es unerlässlich, Vertreter aller Gruppen in einen Dialog mit einzubeziehen, denn nur ein inklusiver Prozess wird zu einer dauerhaften Stabilität führen.

Handlungsansätze für die internationale Zusammenarbeit

Mali braucht künftig mehr denn je internationale Unterstützung. Dabei sollten die Akteure der internationalen Kooperation deutlicher machen, dass die (westliche) Kooperation wertgebunden und entsprechend konditionalisiert ist. Viele malische Akteure scheinen erst nach und nach zu begreifen, dass sie mit ihrer Unterstützung für den Putsch nicht nur die demokratischen Errungenschaften ihres Landes aufs Spiel setzen, sondern auch Gefahr laufen, internationale Unterstützung zu verlieren.

Die nachfolgenden Handlungsansätze, bei denen die internationale Gemeinschaft malische Akteure unterstüt-



zen sollte, richten den Blick in die Zukunft nach einer Beilegung der diversen akuten Krisen Malis.

Ein zentrales Problem, das der Putsch offengelegt hat, ist die Gefahr der Enttäuschung über ausbleibenden wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt – wenn also die Demokratie nicht »liefert«. Viele soziale Konflikte schmorten bislang unter der Oberfläche. Der Putsch diente als Ventil hierfür und vermischte somit diverse soziale Probleme und Erwartungen mit dem Konflikt im Norden. Für eine nachhaltige demokratische Konsolidierung müssen Antworten auf drängende soziale Probleme gefunden werden. Die internationale Kooperation sollte sich künftig deshalb verstärkt Fragen der sozialen Gerechtigkeit – vor allem in Hinblick auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit – widmen. Eine nachhaltige Friedensperspektive muss auch diesen sozialen Fragen Rechnung tragen.

Der Putsch hat zudem die Problematik der herausgehobenen Stellung des Präsidenten deutlich gemacht. Die Kritik an ATTs Politik gegenüber der Rebellion im Norden war zentraler Gegenstand des Putsches. Es sollte künftig eine Diskussion über die Stärkung der Rolle der Regierung insgesamt sowie insbesondere des Premierministers gegenüber dem Präsidenten geführt werden. Ebenfalls sollte die Legislative als Gegengewicht, Kontrolleur und handelnder Akteur gestärkt werden. Diese Herausforderungen sollten im Rahmen einer Diskussion über die Reform der demokratischen Institutionen geführt werden.

Schließlich ist eine Lehre aus dem Putsch, dass die demokratische Kontrolle des Sicherheitssektors weiter ausgebaut werden muss. Dies setzt neben einer Regierung, die die Hoheit über diesen Bereich ausübt, auch eine

funktionierende Legislative, Judikative, Medien und Zivilgesellschaft voraus. Dabei sollte der Blick auch in den Sicherheitsapparat gerichtet werden und ein sicherheitspolitischer Dialog mit Vertretern des Militärs und anderer Sicherheitskräfte geführt werden. Im Zentrum muss dabei die Vermittlung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien stehen.

Der Konflikt droht die Spaltung Malis nicht nur in geographischer Hinsicht zu verfestigen: Es besteht die Gefahr, dass die Bevölkerung des Nordens sich vom Süden im Stich gelassen fühlt und sich somit zunehmend weniger als Malier verstehen und die separatistischen Bestrebungen akzeptieren bzw. sogar unterstützen könnten. Hinzu kommt, dass eine gesellschaftliche Aufarbeitung der vergangenen Rebellionen bislang nicht ausreichend erfolgt ist. Die bereits vor der Rebellion und dem Putsch vorhandenen Gegensätze und häufig auch Fehlwahrnehmungen und Ressentiments könnten sich verstärken und zu einer kulturellen Spaltung führen. Neben einem unmittelbaren humanitären Eingreifen wird langfristig auch die Förderung des Dialogs zwischen der Bevölkerung des Nordens und des Südens notwendig sein, die sich zunehmend entfremden.

Für einen langfristigen Frieden ist eine dauerhafte Stabilisierung des Nordens erforderlich. Der angefangene Prozess der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung muss konsequent fortgesetzt werden. Darüber hinaus wird der malische Staat – nach der Phase der akuten Befriedung – seine Präsenz im Norden dauerhaft verstärken müssen, um Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten. Bei all diesen Herausforderungen sollte die internationale Gemeinschaft Mali künftig unterstützen.



Über die Autorin

Annette Lohmann ist die Leiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bamako, Mali. Zuvor hat sie im Nahostreferat der FES in Berlin gearbeitet. Von 2005 bis 2007 war sie Vertreterin der FES in der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt).

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Entwicklungszusammenarbeit | Referat Afrika
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Michèle Auga, Leiterin, Referat Afrika

Tel.: ++49-30-269-35-7464 | Fax: ++49-30-269-35-9217
<http://www.fes.de/afrika>

Bestellungen
Oliver.Dalichau@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-148-7